

Die Schweiz hängt am fremden Netz

Stromversorgung ist einseitig auf Europa ausgerichtet, die Ausland-Abhängigkeit nimmt zu

Von Kurt Tschan

«Wir transportieren Strom. Unverzichtbar für die Schweiz. Unerlässlich für Europa. Antriebskraft und Lebensqualität für Millionen von Menschen. Heute und morgen», liest man auf der Website von Swissgrid, der nationalen Netzgesellschaft. Die Schweiz habe das sicherste Stromnetz Europas, rühmt sich Swissgrid – und flunkert. Die Schweiz hat nämlich gar kein eigenständiges Stromnetz. Sie ist auf Gedeih und Verderb mit dem europäischen Netz verbunden.

Die gerne verwendeten Beispiele, wonach 59 Prozent der benötigten Energie für den Schweizer Konsum aus Wasserkraft, gegen 40 Prozent aus den bestehenden Kernkraftwerken und einige Zerquetschte aus Biomasse, Wind und Sonne erzeugt werden, sind demnach nichts anderes als Wortklauberei. In der Bilanz wohl richtig, in der physikalischen Realität aber ein Märchen. So produzieren die IWB zwar nur erneuerbaren Strom, die Stadt Basel wird mehrheitlich aber mit Strom aus dem französischen AKW in Fessenheim beliefert. Das linke Basel ist damit zufrieden, in der Verfassung festzuschreiben, dass die IWB nur erneuerbar produzieren dürfen, Graustrom darf aber so reichlich importiert werden, wie Alkohol an der Fasnacht fliesst.

Gemessen an der Tatsache, dass die eidgenössischen Räte gegenwärtig an der Energiestrategie 2050 arbeiten und damit an der zukünftigen Energieversorgung der Schweiz, wird die Frage nach einer unabhängigen, nationalen Energieversorgung nicht nur stiefmütterlich behandelt, sie wird schlicht totgeschwiegen. Daran ändert nicht einmal die Tatsache etwas, dass sich die EU nach der Annahme der Masseinwanderungs-Initiative in den Schmollwinkel zurückgezogen hat und sich partout weigert, mit der Schweiz ein Stromabkommen abzuschliessen und ihr so Zutritt zum liberalisierten europäischen Markt zu verschaffen. Die Debatte um die Energiestrategie 2050 fokussiert sich weiterhin auf eine Anti-AKW-Diskussion, auf theoretische Sparziele und Milliardenbeträge, die in unwirtschaftliche erneuerbare Energien gesteckt werden sollen. Wer politisch makellos bleiben will, macht den Bückling, wer Einwände hat, versucht bestenfalls, die schlimmsten planwirtschaftlichen Fehlleistungen ansatzweise zu korrigieren.

Versorgungsproblem im Winter

Es sei illusorisch zu glauben, dass sich die Schweiz durch eigenen Strom selber versorgen könne, sagt Swissgrid-Sprecher Andreas Schwander. Dafür bräuchte es ein anderes Netz und einen anderen Kraftwerkspark, aber auch massiv mehr Kapazität in möglichst kleinen Einheiten. Unter möglichst kleinen Einheiten versteht er solche, deren Kapazität gross genug ist, um die Versorgung zu sichern, die aber klein genug sind, damit sie beim Abschalten das System nicht gefährden. Die Kernkraftwerke in Gösgen und Leibstadt wären in einem autarken System «wohl ein viel zu grosses Klumpenrisiko, ebenso Bieudron, das zum Grande-Dixence-Komplex gehört, und einige andere grosse Wasserkraftwerke», ist er überzeugt.

Sukkurs erhält Schwander vom grössten Stromproduzenten der Schweiz, der Apliq. «Wollte die Schweiz ganzjährig und vollständig autark sein, müsste sie die einheimische Stromerzeugung ausbauen», sagt Apliq-Sprecher Andreas Meier. Da die Produktionskapazitäten in diesem Fall je nach Jahreszeit unterschiedlich ausgelastet seien, hätte dies entsprechende Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit der Anlagen und die Strompreise.

Differenzierter äussert sich der Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE). «Autarkie kann aus volkswirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll sein», heisst es zwar auch dort. Ein genügender Selbstversorgungsgrad aber schon. Die Frage, was genügend sei, müsse jedoch von der Politik beantwortet werden, sagt VSE-Direktor Michael Frank. «Mit den aktuellen



Der falsche Weg. Die Energiewende macht Wasserkraftwerke wie Grande Dixence zusehends unrentabel. Foto Keystone

Gesetzesvorhaben und dem Umbau des Energiesystems ist es zentral, dass Entscheide speziell auch mit Bezug auf das Winterproblem gefällt werden», betont er. Frank spricht auf den Umstand an, dass die Schweiz in den Wintermonaten zunehmend auf Stromimporte aus dem europäischen Raum angewiesen ist.

Mehr Gewicht fürs Wasser

Die Sprecherin des Bundesamtes für Energie (BFE), Marianne Zünd, macht klar, dass historisch betrachtet Autarkie in der Energieversorgung nie ein Thema war. «Mitte des letzten Jahrhunderts setzte sich Strom als Energieträger in Industrie, Gewerbe und Haushalten immer mehr durch und der Verbrauch stieg stark an», sagt sie. Strom habe also in immer grösseren Mengen über immer weitere Distanzen von den Kraftwerken zu den Verbrauchszentren transportiert werden müssen. «Aus wirtschaftlicher und versorgungstechnischer Sicht machte es Sinn, diese Stromtrassen zu vernetzen.» Dieser Gedanke habe am Beginn der Zusammenschaltung der Stromnetze der Schweiz, Deutschlands und Frankreichs im Jahr 1958 gestanden. Die Schaltstelle «Stern von Laufenburg» habe die grenzüberschreitende Regelung der Stromflüsse ermöglicht. «In der Schweiz wurde also der Ursprung des heutigen europäischen Netzverbundes gelegt», hält Zünd fest.

Wie stark dieser europäische Gedanke in der Schweizer Energiewirtschaft verankert ist, verdeutlicht das Beispiel von Grande Dixence. «Unsere Vorfahren waren wahre Pioniere, als sie die ersten Flusskraftwerke und Stauseen gebaut haben», sagt Meier. Sie hätten dies insbesondere für den grenzüberschreitenden Stromaustausch mit Europa getan. Grande Dixence, an dem Alpiq zu 60 Prozent beteiligt ist, verfüge über ein Stauvolumen von 400 Millionen Kubikmeter Wasser und eine Leistung von 2000 Megawatt. Gebaut worden sei die Grossanlage aber primär für die Spannungshaltung des Verbundnetzes der Schweiz mit dem Ausland.

Um ein unabhängiges Stromnetz betreiben zu können, so Schwander, müssten die Wasserkraftwerke viel Bandenergie liefern. Dies sei aber finanziell nicht interessant. «Während alles in Europa billiger würde, würde die Stromversorgung in der Schweiz viel teurer und viel unzuverlässiger», ist er überzeugt.

Auch Zünd ist der Auffassung, dass es «ineffizient und sehr teuer» wäre, eine gleichwertige Stabilität der Strom-

versorgung in einer autarken Strominsel Schweiz zu gewährleisten. Wenn schon müssten entsprechende Pläne von der Elektrizitätswirtschaft gemacht werden. Sie verweist auf Artikel 4 des Energiegesetzes, der festschreibt, dass die Energieversorgung Sache der Energiewirtschaft sei. Allerdings werden Bund und Kantone in dieser Hinsicht auch in die Pflicht genommen. Sie müssen nämlich mit geeigneten staatlichen Rahmenbedingungen dafür sorgen, «dass die Energiewirtschaft diese Aufgabe im Gesamtinteresse optimal erfüllen kann». Davon ist man aber gegenwärtig weit entfernt. Im Zuge der Energiewende haben die Energieversorger in der Schweiz bis jetzt zehn Milliarden Franken abschreiben müssen, wie Ernst Werthmüller, Verwaltungsratspräsident bei der AEW Energie AG, sagt. In Europa sei Strom im Überfluss zu haben, die Preise seien innerhalb weniger Jahre um die Hälfte eingebrochen. Die Wasserkraft sei zu teuer geworden. Selbst Investitionen in den Unterhalt lohnten sich nicht mehr, obwohl sie dringend notwendig seien.

Das BFE setzt deshalb stur auf ein Stromabkommen. Zurzeit würde sogar «sehr intensiv verhandelt», bestätigt Zünd. VSE-Direktor Frank glaubt aber im besten Fall nur noch an ein Übergangsabkommen, während Alpiq-Meier durchblicken lässt, dass die Schweiz früher oder später gezwungen sein könnte, «sich doch noch gewisse Gedanken über mehr Autarkie im Stromnetz zu machen». Klar ist für ihn bereits, was die Zukunft ohne Abkommen bringen wird. «Es wird schwieriger, Produkte zu exportieren und im Winter den Eigenbedarf durch Importe zu decken», sagt er. Ohne Stromabkommen führe also kein Weg daran vorbei, die einheimischen Produktionskapazitäten zu erhöhen. Insbesondere der Umstand, dass die Energiestrategie des Bundes «von einem uneingeschränkten Handel mit der EU ausgeht», lässt Meier aufhorchen.

Nur noch als Drittstaat

Eine Diskussion wie in der Schweiz wäre in der Vereinigten Staaten undenkbar. Dort haben Krisen die Politik schon vor Langem zu einem Umdenken bewegt. Die Vereinigten Staaten sind im Bereich der Energie inzwischen autark und zu einem Exporteur aufgestiegen. Die Schweiz befindet sich dagegen in einer Situation, wo sie mit einem europakompatiblen Stromnetz nur noch als Drittstaat wahrgenommen wird. Der Umstand, dass elf Prozent des grenzüberschreitenden Stromhandels über Schwei-

zer Stromleitungen führen, ist noch nicht zu dem starken Trumpf geworden, den sich VSE-Direktor Frank erhofft.

Auch er kann nur noch verwundert feststellen, dass die Transitleitungen insbesondere für Italien zwar wesentlich fürs Market Coupling sind, dies die EU aber nicht davon abgehalten hat, die Schweiz von dieser Marktkoppelung auszuschliessen. Beobachtet wird auch der Trend, dass um die Schweiz herum an Stromnetzen gebaut wird.

Gesetz wird nicht angewendet

Bevor nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat ideologische Scheuklappen aufsetzt, sollte er Artikel 6 des geltenden Energiegesetzes konsultieren und durchsetzen, dass bestehendes Recht angewendet wird. Dort steht klipp und klar, was längstens Sache sein sollte: «Zeichnet sich ab, dass die Versorgung der Schweiz mit Elektrizität längerfristig nicht genügend gesichert ist, schaffen Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeiten zeitgerecht die Voraussetzungen, dass möglichst im Inland Produktionskapazitäten bereitgestellt werden können.»

Die gegenwärtig 640 Millionen Franken pro Jahr für die kostendeckende Einspeisevergütung von Wind- und Sonnenenergie sollten dann möglichst rasch in zielgerichtete Lösungen im Bereich der Bandenergie umgeleitet werden. «Alleine Alpiq», sagt Unternehmenssprecher Meier, «wird in den kommenden Jahren 600 Millionen Franken ausschliesslich für die Instandhaltung bestehender Anlagen im Bereich der Wasserkraft aufwenden müssen.»

*

In der Schweiz wird eine Debatte geführt, die es so nicht geben sollte. Das Land, das klargemacht hat, dass es von der europäischen Idee nichts hält, sollte bei der Ausgestaltung seiner Stromzukunft mehr auf die eigenen Werte und Stärken setzen und weniger auf den Goodwill aus Brüssel, den es ohnehin nie mehr geben wird. In der Diskussion um die Energiestrategie 2050 muss deshalb die Frage nach einer eigenen Versorgung durch Strom in den Vordergrund gerückt werden. Daran sollten auch jene ein Interesse haben, die den Atomausstieg planen. In einem autarken Stromnetz Schweiz haben grosse Kraftwerke nämlich keinen Platz mehr. Der Umbau würde teuer, aber lohnenswert. Vor allem für jene Firmen, die schon in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie im Kraftwerksbau Weltspitze sind.

Banken mit mehr Kapital

Bundesrat verschärft Vorschrift

Bern. Der Bundesrat will die Kapitalanforderungen für systemrelevante Banken verschärfen, damit im Krisenfall nicht der Staat einspringen muss. Er hat das Finanzdepartement gestern beauftragt, bis Ende des Jahres Vorschläge zu präsentieren. Damit will der Bundesrat Empfehlungen der Expertengruppe unter Leitung von Professor Aymo Brunetti umsetzen. Das oberste Ziel müsse sein, dass der Staat im Krisenfall keine Steuergelder zur Rettung von Banken einsetzen müsse, schreibt er in seinem Bericht zu den bisherigen Massnahmen gegen das «Too big to fail»-Problem. Bei der Evaluation hat er sich auf die Analyse der Experten gestützt, und er kommt zum selben Schluss: Die Stossrichtung stimmt, aber es braucht Anpassungen und weitere Massnahmen.

Wie die Expertengruppe ist auch der Bundesrat der Überzeugung, dass Minimallösungen nicht genügen. Die Schweiz stehe vor einer besonderen Herausforderung, weil sie im internationalen Vergleich und im Verhältnis zur Grösse des Landes sehr grosse Banken beheimate, gibt er zu bedenken. Dies rechtfertige Massnahmen, die über den internationalen Durchschnitt hinausgingen. Die Schweiz habe nach der Finanzkrise rasch reagiert, doch seien die schweizerischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken heute kaum höher als der internationale Minimalstandard für alle Banken – und deutlich unter den künftigen Anforderungen für systemrelevante Banken in den USA.

Die sogenannte Going-Concern-Leverage-Ratio für die Grossbanken betrage nur gerade 3,12 Prozent. Der internationale Minimalstandard für alle Banken liege bei 3 Prozent, die künftigen Anforderungen in den USA für systemrelevante Banken lägen bei 5 bis 6 Prozent. Der Bundesrat will die Kapitalanforderungen deshalb anpassen. Er nennt dabei aber keine Zahlen. SDA

EU mit neuen Steuerplänen

Mehr Informationsaustausch

Brüssel. Nach den «Luxleaks» genannten Enthüllungen über das Steuerdumping internationaler Konzerne in Luxemburg und anderen EU-Staaten hat die Europäische Kommission jetzt konkrete Gesetzespläne angekündigt. Im März sollen zunächst Vorschläge präsentiert werden, die zur Weitergabe von mehr Informationen zwischen den Finanzbehörden der EU-Länder führen sollen, um so die aggressive Steuerpolitik von Unternehmen einzudämmen, wie die Kommission erklärte.

In der vom ehemaligen luxemburger Regierungschef Jean-Claude Juncker geführten Kommission habe Einvernehmen geherrscht, «dass Unternehmen dort besteuert werden müssen, wo sie ihre gewinnbringenden wirtschaftlichen Tätigkeiten ausüben, und nicht durch aggressive Steuerplanung einer angemessenen Besteuerung entgehen dürfen», hiess es in der Mitteilung. Darum soll zunächst der automatische Austausch von Steuerdaten ausgeweitet werden. Er soll künftig verbindlich Steuerauskünfte einschliessen. Durch diese Auskünfte, auch «tax rulings» genannt, können sich Firmen im Voraus vorteilhafte Steuerkonstrukte absegnen lassen.

Sie sind aber von den Behörden anderer Länder schwer nachvollziehbar. Dann wird es schwierig, «zu beurteilen, wo ein Unternehmen seine Wirtschaftstätigkeit tatsächlich ausübt», und auf dieser Basis Steuerregeln richtig anzuwenden, wie die Kommission erläuterte. Die «tax rulings» standen im Mittelpunkt der «Luxleaks»-Enthüllungen. Das Paket für mehr Transparenz, das im März vorgelegt werden soll, kann der Kommission zufolge noch weitere Massnahmen umfassen. Im Sommer sollen Pläne zur Besteuerung folgen. Im November hatte ein Recherchenetzwerk über Hunderte Fälle berichtet, in denen multinationale Konzerne in Luxemburg auf Kosten anderer EU-Länder Steuerzahlungen vermeiden. SDA